

**10. Kommunikationswissenschaftliche Tage (KWT 04)
11./12.11.2004, Wien**

Medialer Wandel und Europäische Öffentlichkeit

Session: Die Rolle von Zivilgesellschaft und Politik

**„Europäisierung von Öffentlichkeit durch
Online-Debatten und -Konsultationen“**

Eingereicht von
Mag. Roman Winkler, MSc (LSE)
Institut für Technikfolgen-Abschätzung (ITA) an der
Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW)

Rückläufige Wahl- und Abstimmungsbeteiligungen sind Merkmale der gegenwärtigen Öffentlichkeit in Europa. Der Interessensverlust der BürgerInnen an institutionalisierter Partizipation ist evident. Coleman (1998) begründet diese Entwicklung mit dem Begriff der „virtuellen Deliberation“, die vornehmlich zwischen gesellschaftlichen Eliten (wie ExpertInnen, PolitikerInnen und JournalistInnen) passiert und den Ablauf von Diskursen über europäisch relevante Themen bestimmt. BürgerInnen als wesentliche ProtagonistInnen in einer Demokratie sind davon weitgehend ausgeschlossen. Europäische Regierungen und die Institutionen der Europäischen Union erhoffen mittels neuer Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) dieser zunehmenden Entfremdung von BürgerInnen vom öffentlich-politischen Leben entgegenwirken zu können und so die Etablierung einer „europäischen Öffentlichkeit“ voranzutreiben. Die Einbindung der „Basis“ in wichtige europäische Entscheidungen soll hierbei in zweierlei Form realisiert werden: Online Diskussionen, die sich mit grundlegenden Fragen über die Zukunft der Europäischen Union auseinandersetzen, bilden gemeinsam mit online Konsultationen den Kern der EU-Initiative „Ihre Stimme in Europa“ (<http://europa.eu.int/yourvoice>), die zu einer aktiven Politikgestaltung einlädt.

Die bloße Schaffung von digitalen Diskursplätzen scheint aber zu wenig ausreichend für eine breit angelegte Wiederbelebung der politischen Öffentlichkeit. Darüber hinaus bedarf es der kritischen Begleitforschung hinsichtlich des demokratischen Potenzials derartiger Initiativen, um das „Projekt der elektronischen Demokratie“ als komplementäre Beteiligungsform auf Dauer etablieren zu können. Ausgehend vom Begriff der Deliberation, die als wesentliche Säule und Prämisse für jede aktive und lebendige Demokratie verstanden wird, wurden mit

dem Forschungsprojekt „Europeans have a Say: Online Debates and Consultations in the EU“¹ zwei wesentliche Untersuchungsziele gesetzt: Erstens, die Durchführung von empirischen Untersuchungen in Form quantitativen Inhaltsanalysen hinsichtlich des deliberativen Charakters der Talkboard-Debatten zwischen den DiskutantInnen. Zweitens, die Durchführung einer „Impact-Abschätzung“ bezüglich der Integration der BürgerInnenvorschläge in EU-Policy Formulierungen bzw. Evaluierungen.

Die Identifikation von deliberativen Prozessen bzw. die „Übersetzung“ des Begriffs Deliberation² per se in empirisch fass- und interpretierbare Kategorien scheint unabdingbar, wenn das demokratiepolitische Potenzial neuer Medien zur Diskussion steht. Im Vordergrund stehen v.a. qualitative Aspekte, wie kritisch-rationaler Diskurs, Ausgewogenheit in der Argumentation, Bezugnahme auf Ereignisse mit europäischer Relevanz u.a. Der Grad an Interaktivität zwischen den DiskussionspartnerInnen und die Verwendung von rationalen Argumenten sind hierbei wichtige Ausgangspunkte. In Hinblick auf die EU online Konsultationen sollen Beispiele vorgestellt werden, die die Einbindung von BürgerInnen in Deliberations- und Entscheidungsfindungsprozesse aufzeigen. Schließlich soll mit diesen Untersuchungen der Frage nachgegangen werden, inwieweit die EU Initiative das Herausbilden einer europäischen „macro public sphere“ oder mehrerer „micro public spheres“ (Keane 1998) vermag und unter welchen Voraussetzungen der Einsatz neuer Medien demokratieförderlich sein kann.

¹ Das Projekt wird im Rahmen des Forschungsprogrammes NODE (New Orientations for Democracy in Europe) vom österreichischen Bildungsministerium unterstützt.

² Siehe etwa die Verwendung des Begriffs bei Habermas, Bohman, Fishkin, Dryzek etc.